

Unternehmergeist bei Landwirten

Ohne innovative Ideen können bäuerliche Betriebe heute kaum noch überleben

Main-Kinzig-Kreis (re). Niedrige Milch- und Getreidepreise, strenge EU-Regularien, immer weniger Ackerland und dazu noch die oft mühselige Suche nach einem Nachfolger: Landwirte sehen sich seit Jahren mit einer ganzen Reihe existenzieller Herausforderungen konfrontiert. Das ist im Main-Kinzig-Kreis nicht anders. Winfried Ottmann, als CDU-Kreisbeigeordneter für Veterinärwesen und Verbraucherschutz zuständig, ließ sich gemeinsam mit Srita Heide, Vorsitzende des Kreisausschusses für Wirtschaft, Energie, Verkehr, Umwelt und Landwirtschaft (WEVUL), darüber informieren, wo die heimischen Bauern der Schuh drückt. Die beiden trafen sich zu einem Gespräch vor Ort mit Helga Schmidt, Mitinhaberin eines mittlerweile in vierter Generation geführten landwirtschaftlichen Familienbetriebs in Ronneburg.



Ortstermin in Ronneburg (von links): Roland Reidel, Winfried Ottmann, Srita Heide, Helga Schmidt und Thomas Rau. FOTO: RE

Neben Milchviehwirtschaft und Ackerbau betreibt die Familie Schmidt zudem seit 2012 eine Biogasanlage mit einer Leistung von insgesamt 445 Kilowatt und ist auch in Sachen Photovoltaik aktiv. Die Biogasanlage ist mit dem Milchviehstall gekoppelt und wird durch die anfallende Gülle, Mist und einen geringen Anteil Silage betrieben. Mit den Gärresten aus der Anlage werden die Felder gedüngt. So kommen erneuerbare Energien vom Feld, ernähren die Kühe, produzieren Strom – und die Restnährstoffe werden den Feldern wieder zugeführt. Der Kreis schließt sich.

Mittlerweile haben auch die vier Söhne Verantwortung übernommen und arbeiten mit im Unternehmen. Der landwirtschaftliche Betrieb läuft also sozusagen geräuschlos.

Doch Helga Schmidt weiß aus Gesprächen, dass viele, gerade kleinere Höfe es weitaus schwerer haben. Viele Kollegen hätten in den vergangenen Jahren ihre Betriebe auflösen müssen. Mit den psychologischen Folgen stünden die Familien, die seit Jahrzehnten oder gar Jahrhunderten in der Landwirtschaft tätig waren, meist alleine da. „Das dürfen wir nicht zulassen“, sagte Ottmann. „Es ist Aufgabe von Politik und den zuständigen Verwaltungsstellen, vor Ort zuzuhören und den Landwirten unterstützend zur Seite zu stehen.“ Srita Heide er-

gänzte: „Moderne Landwirtschaft ist heute ohne unternehmerisches Denken gar nicht mehr möglich.“ Viele Landwirte hätten sich bereits ein zweites Standbein aufgebaut, sei es Direktvermarktung, erneuerbare Energien oder Tourismus. Nur so sei es möglich, sich ein festes Einkommen zu sichern, unabhängig von Preisschwankungen auf dem Milch- oder Getreidemarkt.

Auf ihrem Hof hält die Familie Schmidt rund 650 „glückliche Hühner“. Sie wohnen in einem Hühnermobil in Freilandhaltung artgerecht und umweltschonend. 2019 haben die Schmidts ihren Hofladen, das „Ronneburger Eiernest“, eröffnet. „Auch viele andere Bauern in der Region sind innovativ, haben neue Geschäftswege gefunden und tra-

gen zum Unternehmergeist in der Region bei“, lobte Ottmann. Dass in der Landwirtschaft in Sachen Innovation allerdings noch „Luft nach oben“ sei, davon ist auch Helga Schmidt überzeugt.

Von der Unternehmerin wollten die beiden CDU-Kreispolitiker abschließend wissen, wie sie persönlich junge Menschen für die Arbeit in der Landwirtschaft gewinnen wolle. „Meine vier Söhne, die in den Familienbetrieb integriert sind, sind das beste Beispiel, das auch andere junge Menschen motivieren kann“, sagte Helga Schmidt. „Meine Erwartungen sind ein gutes Miteinander mit der Gesellschaft und Anerkennung für unseren Berufsstand, auch wenn's mal laut ist oder es nach Gülle riecht.“

„Finanzämter bringen Unternehmen in Schiefelage“

Wirtschaftsinitiative Mittelstand Main-Kinzig fordert mehr Unterstützung für hiesige Betriebe

Main-Kinzig-Kreis (re). Die Finanzämter sorgten mit ihrer Ungleichbehandlung dafür, dass mittelständische Unternehmen – gerade jetzt während der Pandemie – in Schiefelage geraten und pleitegegangen sind. Das sagt Vorstandsmitglied Axel Ebbecke im Namen der Wirtschaftsinitiative Mittelstand Main-Kinzig und fordert ein „anständiges Miteinander“. Entgegen „aller Beteuerungen der Landespolitik tragen die hessischen Finanzämter wesentlich dazu bei, unsere mittelständischen Betriebe in Liquiditätsschwierigkeiten zu bringen.“

Die Kritik richte sich im Kern an das hessische Finanzministerium. Die Wirtschaftsinitiative appelliert daher an Finanzminister Michael Boddenberg, „zu seinem Wort einer mittelstandsfreundlichen Politik zu

stehen und diese auch in den Finanzämtern umzusetzen“. Kritische Beispiel gebe es einige: „Erstattungen zugunsten der mittelständischen Betriebe werden meist erst nach Wartezeiten von bis zu einem Jahr zurücküberwiesen“, berichtet Ebbecke. „Andersherum sehen sich Unternehmer aber ganz schnell mit Verzugszinsen bis hin zu Pfändungen konfrontiert, wenn das Finanzamt Geld bekommt.“ Es könne nicht im Interesse des Landes sein, mittelständische Betriebe bewusst und vorsätzlich weiter zu belasten – „gerade in Zeiten, in denen wir zusammenhalten müssen“.

Hinzu komme eine nie da gewesene Flut an Finanzamtprüfungen seit Beginn der Krise. Viele Unternehmer spiegelten dies der Wirtschaftsinitiative wider. Der Tenor laute immer wieder: „Sie fühlen sich von den Finanzämtern und der

hessischen Finanzpolitik regelrecht verfolgt.“

Diese Kritik sei nicht erst seit der Corona-Pandemie aktuell, „doch jetzt tut es den Betrieben – auch bei uns im Main-Kinzig-Kreis – um ein Vielfaches mehr weh“, unterstreicht Ebbecke. Dabei sei es gerade der Mittelstand, der für Stabilität, Fortschritt, Innovation und Ausrichtung auf die Zukunft Sorge. „Der Wert mittelständischer Unternehmer wird offenbar nicht so hoch eingeschätzt“, sagt Ebbecke. Das zeige auch die mangelnde Unterstützung von Gründern und Start-ups, die oftmals gleich zu Beginn ihres Unternehmens in Liquiditätsschwierigkeiten steckten, da sie extrem lange auf die Rückzahlung der Vorsteuer für ihre hohen Anfangsinvestitionen warten müssten.

„Grundlage unseres Finanzsystems sollte ein anständiges Mitei-

ander sein“, so Ebbecke. Genau das fordert die Wirtschaftsinitiative. „Mittelständische Unternehmer und Führungskräfte sind systemrelevant. Sie sollten deshalb entsprechend geschützt und unterstützt werden. Ein Anfang wäre es, wenn sowohl Erstattungen als auch Forderungen der Finanzämter gleichbehandelt würden.“

Die Wirtschaftsinitiative Mittelstand Main-Kinzig besteht seit dem Jahr 2019. Ihr Ziel ist es, die wirtschaftliche Stabilität und Prosperität der hiesigen Unternehmen sicherzustellen und zu fördern. Die Zahl der Mitglieder liegt mittlerweile bei knapp 30. Wer sich an der Initiative beteiligen will, meldet sich bei Geschäftsführerin Kerstin Cieslik per Mail an cieslik@wi-main-kinzig.de. Im Internet unter wi-main-kinzig.de gibt es weitere Informationen zur Initiative.

Spessartbund unterstreicht Bedeutung des Tourismus

Main-Kinzig-Kreis (re). Mit Sorge hat der Spessartbund die Berichte der Tourismus und Marketing GmbH über die rückläufige touristische Nachfrage im Main-Kinzig-Kreis als Folge der staatlichen Maßnahmen zur Pandemie-Eindämmung zur Kenntnis genommen. Der Tourismus sei für den Wirtschaftsraum Spessart ein wichtiger Faktor, betont das für den Tourismus zuständige Spessartbund-Vorstandsmitglied Michael Seiterle. Er weist darauf hin, dass die regionale Wertschöpfung durch den Tourismus unter normalen Bedingungen über 800 Millionen Euro pro Jahr betragen habe. Davon profitierten aber nicht nur Beherbergungsbetriebe und Gastronomie, sondern auch Handel und Dienstleistungen. Damit sichere der Tourismus über 13.000 Arbeitsplätze im gesamten Spessart. Es gebe auch eine stille Gegenbewegung: die Neuentdeckung des Wanderns. Der Spessartbund leistet mit seinen ehrenamtlichen Markierern hier seit Jahrzehnten einen wertvollen Beitrag zur Erhaltung der touristischen Infrastruktur. Ohne die von ihm betreuten rund 6.000 Kilometer Wanderwege wäre der Tourismus im Spessart in der gegenwärtigen Form schlichtweg nicht denkbar. Ohne Touristen könnte das heimische Gastgewerbe auf Dauer nicht bestehen, ein gutes Stück Heimatkultur ginge verloren. Tourismus, Kultur, Wirtschaft und Spessartbund bildeten einen wichtigen Vierklang des Wanderns im Spessart. Immer mehr Menschen – vor allem Familien mit Kindern – besäßen sich in Corona-Zeiten auf eine neue Entdeckung des Waldes als Ort des Wohlbefindens für Körper und Geist. Die positive Wechselwirkung zwischen Wald und Mensch sei inzwischen auch wissenschaftlich erforscht, beispielsweise bei der Linderung von Depressionen und bei Zivilisationskrankheiten wie Diabetes. Der Spessartbund appelliert an die verantwortliche Politik, dem gesamten Tourismus sobald wie möglich wieder eine faire Chance zu geben.

Klimakrise und Energiewende im Kreis

Online-Veranstaltung der Grünen morgen

Main-Kinzig-Kreis (re). Die Auswirkungen der Klimakrise sind immer deutlicher zu spüren. Mit einem integrierten Klimaschutzplan 2025 hat das Land Hessen den Fahrplan zur Klimaneutralität aufgestellt. Über die Rahmenbedingungen der Energiewende in Hessen und Maßnahmen zum Klimaschutz informiert Kaya Kinkel, energiepolitische Sprecherin der Grünen-Landtagsfraktion, bei einer Online-Veranstaltung des Kreisverbands der Grünen Main-Kinzig morgen Abend ab 19 Uhr. Welcher Beitrag im Main-Kinzig-Kreis zur Erfüllung der Klimaschutzziele und zur Energiewende geleistet werden kann und was bisher versäumt wurde, stellt Angelika Gunkel von den Grünen Main-Kinzig vor. Mit dem Ausbau von regenerativer Energie sind bereits wichtige Bausteine vorhanden. Ein schlüssiges Konzept fehlt allerdings noch immer. Wichtige Schritte zur Anpassung an den Klimawandel werden ebenso vermisst. Von den ehemals fünf Blöcken des Kohlekraftwerks Staudinger in Großkrotzenburg sind nur noch zwei betriebsbereit, ein geplanter sechster Block wurde verhindert. Geplant ist, Block V 2025 stillzulegen. Perspektiven erläutert Lucas Bäuml von den Grünen Großkrotzenburg. Interessierte können sich über den Link gruenlink.de/1yhb einwählen.

„Es geht um den Erhalt unserer Lebensgrundlage“

Anton Hofreiter zu Gast bei der virtuellen Kreismitgliederversammlung der Grünen Main-Kinzig

Main-Kinzig-Kreis (re). „Wir müssen uns vor Augen führen, dass es bei der Bekämpfung der Klimakrise und der Verhinderung des Artensterbens um den Erhalt unserer Lebensgrundlage geht“, sagte Anton Hofreiter, Fraktionsvorsitzender der Grünen im Bundestag, zu Beginn seines Beitrags bei der jüngsten Kreismitgliederversammlung der Grünen Main-Kinzig. Rund 50 Mitglieder, die sich in die Videokonferenz eingewählt hatten, hörten neben dem Vortrag von Hofreiter zum Thema „Es gibt keinen Planeten B“ auch eine Rede von Anja Zeller, Oberbürgermeisterkandidatin der Grünen in Hanau.

„Um die Klimakrise in den Griff zu bekommen, müssen wir Dinge tun, die sich einfach anhören, aber

noch schwer umzusetzen sind: Wir müssen aufhören, Kohle, Erdöl und Erdgas zu verbrennen, und wir müssen eine weniger zerstörerische Landnutzung betreiben“, sagte Hofreiter und legte konkrete Konzepte dar, wie die fossilen Brennstoffe abgelöst werden könnten. „Es muss einerseits Energie eingespart werden, andererseits gibt es aber schon viele Technologien, um den Gebrauch von fossilen Brennstoffen in der Industrie und in den privaten Haushalten zu ersetzen.“

Kohle, die vor allem zur Energiegewinnung genutzt werde, müsse durch erneuerbare Energien ersetzt werden. Dazu fordert der Grünen-



Anton Hofreiter.

FOTO: RE

Politiker beispielsweise ein funktionierendes Mieterstrommodell: „Strom aus erneuerbaren Energien ist heute sensationell günstig. Deshalb könnte man durch eine Photovoltaikanlage auf dem Dach eines Mietshauses Strom zu einem deutlich niedrigeren Preis gewinnen im Vergleich zu dem, was Mieter zurzeit für Strom aus dem Netz zahlen.“

Erdöl werde vor allem für die Mobilität genutzt, mit Ausnahme des Schienenverkehrs, sowohl innerorts als auch im Fernverkehr. Deshalb setzt Hofreiter auf eine Stärkung und den Ausbau der Bahn. Dazu gehöre aber nicht nur der Ausbau des Schienennetzes oder die Verbesserung der Pünkt-

lichkeit von Zügen. „Bahnhöfe müssen zu Mobilitätsdrehscheiben werden, wo Busse halten, man sein Fahrrad abstellen kann und man zum Beispiel auch ein kleines Elektroauto mieten kann“, so Hofreiter. „Wir stehen vor vielen Herausforderungen, aber wir Menschen wissen viel mehr als jemals zuvor in unserer Geschichte. Deshalb bin ich optimistisch, dass wir es schaffen können, die Klimakrise zu bewältigen – wenn wir jetzt handeln“, sagte Hofreiter zum Ende seines Vortrags.

Die anschließende Fragerunde drehte sich vor allem um die Nachhaltigkeit von Batterien für Elektrofahrzeuge, den Schutz der heimischen Wälder und die Landnutzung. Dabei erläuterte Hofreiter auch, was auf kommunaler Ebene zum Schutz von Land und Wäldern getan werden könne.